

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses



Sitzungs-Nr.: **HFA/003/25-30**
Sitzungs-Tag: **03.03.2026**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 6, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **20:15 Uhr**

Vorsitzender:

Kleinschmidt, Alexander

CDU:

Ahrens, Paul
Averkamp, Sebastian
Disse, Ulrich
Grewe, Ursula
Neu, Walburga
Wellsow, Viola
Weskamp, Stefan

AfD

Gäse, Michael
Lohoff, Marc

SPD:

Robrecht, Jutta
Schifferdecker, Thorsten

Vertretung für M. Heller

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Flore, David

UWG/CWG:

Tobisch, Johannes

Liste Zukunft:

Bobbert, Johannes

Vertretung für S. Heilemann

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Oesselke, Andreas

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gönnewicht, Benedikt

Koßmann, Ines

Menne, Johanna

Nolte, Ulrike

Potthast, Verena

Schlenhardt, Dominik

Werneke, Regina

Schriftführerin

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
1. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2026		0177/2025-2030
Berichterstatter: Bürgermeister A. Kleinschmidt, Dominik Schlenhardt		
2. Klage gegen den Regionalplan OWL "Wind" (1. Änderung)		0176/2025-2030
FB 3, Ines Koßmann		
3. Gleichstellungsplan der Stadt Brakel für den Zeitraum 2026 bis 2030		0175/2025-2030
Ulrike Nolte		
4. Vorratsbeschluss zur Einhaltung von VOB-Fristen		0169/2025-2030
Ines Koßmann		
5. Antrag der Wählergemeinschaft "Liste Zukunft" - Bushaltestellen Meinolfusstraße, Ortsteil Bellersen - verkehrssichere Neuordnung bei gesicherter Barrierefreiheit (Ausnahme-/ Kategorielösung nach Nahverkehrsplan)		0187/2025-2030
Benedikt Gönnewicht		
6. Bekanntgaben der Verwaltung		
6.1. Arbeitslosen-Zahlen		

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer und die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.
Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Der Antrag der **Liste Zukunft**

TOP 5 Antrag der Wählergemeinschaft „Liste Zukunft“ - Bushaltestelle Meinolfusstraße, Ortsteil Bellersen

von der Tagesordnung abzusetzen und ausschließlich im Rat zu beraten, wird bei **3 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung mehrheitlich**

abgelehnt.

Auf Antrag des **Bürgermeisters** wird die Tagesordnung im **nicht**öffentlichen Teil um

TOP 7 Beratung über die Verleihung einer Ehrenbezeichnung

einstimmig erweitert.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Beratung über den Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2026	0177/2025-2030
--	----------------

Berichterstatter: Bürgermeister A. Kleinschmidt, Dominik Schlenhardt

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf die durch die Fraktionen CDU, Liste Zukunft und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestellten Anträge zum Haushalt 2026. Bürgermeister **Kleinschmidt** bittet um Beratung der einzelnen Anträge.

CDU

1. Strukturierte Überprüfung bestehender Pachtverhältnisse städtischer landwirtschaftlicher Flächen

Ratsherr **Averkamp** führt hierzu aus, dass im ersten Schritt der Überprüfung die Grünflächen herausgenommen werden sollen und der Antrag sich zunächst nur auf Pachtverträge städtischer Ackerflächen beziehe.

Die Pachtverträge sollten im Einzelfall dahingehend geprüft werden, wo bzgl. des Pachtpreises Handlungsbedarf bestehe. Dies könne in einem „Ampelsystem“ geschehen, z. B. Rot: Die Fläche ist unter dem normalüblichen Pachtvertragspreisen vergeben bis hin zu Grün: Die Fläche ist zum marktüblichen Niveau verpachtet.

Hierzu solle ein Konzept erarbeitet werden mit einer Übersicht der vorrangig zu überprüfenden Pachtverhältnisse, welches dann im zuständigen Gremium beraten werde bzgl. des weiteren Vorgehens.

Ratsherr **Bobbert** weist darauf hin, dass es derzeit so sei, dass der aktuelle Pächter der Fläche den 1. Zugriff habe bei einer Neuverpachtung und nicht der Höchstbietende.

Ratsherr **Flore** verweist auf die damalige Vergabe der Jagdreviere, die nach einem bestimmten Kriterienkatalog erfolgte. Sei dies auch bei den städt. Pachtverträgen in der Art möglich?

Bürgermeister **Kleinschmidt** erläutert, dass dies dann im Rahmen der Konzepterarbeitung zu klären sei.

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf *Antrag 4* der *Liste Zukunft*, der sich ebenfalls auf die städt. Pachtflächen bezieht. Auf seine Frage an Ratsherrn **Bobbert**, ob die Liste Zukunft den Antrag der CDU so mittragen könne, erklärt dieser, dass die Fraktion Liste Zukunft diese Vorgehensweise mittrage. Insofern sei der *Antrag 4* der Liste Zukunft hinfällig.

Das Abstimmungsergebnis ist im Beschluss aufgeführt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ratsherr **Flore** verdeutlicht, dass sich die ersten beiden Anträge auf die ökologische Ausrichtung der Stadt Brakel beziehen.

Zu 1.1. Klimaneutrale Stadtverwaltung

erläutert Ratsherr **Flore**, dass sich die Fraktion hinsichtlich der Haushalts-Position „Öffentliches Grün“ eine konkrete und einzelne Darstellung der geplanten Projekte und Maßnahmen im Haushalt wünsche.

Hierzu ergeben sich keine weiteren Fragen. Das Abstimmungsergebnis ist im Beschluss aufgeführt.

1.2. Einbeziehung sachkundiger Bürger

Ratsherr **Flore** führt aus, dass sich die Fraktion bzgl. ökologischer Maßnahmen mehr Transparenz wünsche und diese auch durch die Öffentlichkeit mitgetragen werden sollten. Die Fraktion halte es demnach für sinnvoll, sachkundige Bürger und entsprechende Naturschutzverbände mit einzubinden.

Ratsherr **Tobisch** sieht hier Bedenken, dass man alle berücksichtigen könne. Über die sozialen Medien könnte man über solche Maßnahmen schnell und breitgefächert informieren.

Ratsherr **Averkamp** schlägt vor, dies einzuschränken, dass nur „große“ ökologische Maßnahme über die sozialen Medien kommuniziert werden, da man nicht über jede Baumfällung informieren könne.

Hierzu ergänzt Ines **Koßmann**, dass teilweise die Maßnahmen nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen und dann oftmals auch keine Informationen vorlägen.

Bürgermeister **Kleinschmidt** hält abschließend fest, dass die Information der Öffentlichkeit bei „großen“ ökologische Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Stadt Brakel fallen, denkbar ist. Dies werde dann über die bekannten Kanäle an die Bevölkerung informiert.

Das Ergebnis über diese Abstimmung ist im Beschluss aufgeführt.

2. Minimierung von Planungs- und Bauleitungskosten

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen Bedarf, den FB 3 -Planen und Bauen- personell aufzustocken, um Planungen wieder selbst in die Hand zu

nehmen. Die Fraktion moniert in dem Zusammenhang die Höhe der externen Planungskosten.

In diesem Zusammenhang beantragt die Fraktion, dass eine Investitionsliste über einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren erstellt und zur Beratung in einer der nächsten Ratssitzungen auf die Tagesordnung genommen wird.

Bürgermeister **Kleinschmidt** hält diesen Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung fest zur Erstellung einer Priorisierungsliste der zukünftigen Investitionen.

Das Abstimmungsergebnis ist im Beschluss aufgeführt.

3. Instandsetzungsarbeiten Parkplatz Hallenbad

Für die Fraktion beantragt Ratsherr **Flore**, dass im Zuge der Umbauarbeiten der K 50 durch den Kreis Höxter auch die Zufahrt zum Parkplatz Hallenbad sowie die Verbesserung des Parkens seitens der Stadt angegangen wird. Gerade für die Radfahrer gibt es hier Gefahrensituationen. Die Fraktion bittet, für die Umbaumaßnahmen Planungsmittel in zu beziffernder Höhe zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister **Kleinschmidt** hält fest, dass dies perspektivisch für das Jahr 2027 geplant werden könne. Die Bauverwaltung werde die Umsetzung prüfen und planen.

4. Vergütung der Ausschussvorsitzenden

Der Antrag wird durch Ratsherrn **Flore** zurückgezogen.

Liste Zukunft

1. Externe Analyse der Verwaltungs- und Personalstruktur

Der Antrag wird durch Ratsherrn **Bobbert** zurückgezogen.

2. Vorziehen der Dachsanierung der Ösehalle

Ratsherr **Bobbert** führt aus, dass der Grund des Antrages in der Sorge der Schützenbruderschaft Siddessen liege, dass bis zum Jubiläum in 2027 die Bauarbeiten an der Halle noch nicht abgeschlossen sind. Seine weiteren Ausführungen dazu sind dem Antrag zu entnehmen.

Dominik **Schlenhardt** verweist darauf, dass mit der Dachsanierung auch ein Brandschutzkonzept aufgestellt werden müsse. Für die im Haushalt 2026 angesetzten Planungskosten in Höhe von 50.000 € wurden Mittel zur Erstellung eines Brandschutzkonzeptes berücksichtigt. Lt. vorliegender Kostenschätzung würde dies jedoch bei ca. 65.000 € liegen, so dass die seitens der Fraktion vorgeschlagenen Mittel nicht für eine nachhaltige Sanierung ausreichen werden.

Ines **Koßmann** geht auf Förderprogramm Struktur- und Dorfentwicklung NRW ein. Hier ist im Jahr 2026 eine Förderung beantragt zur Sanierung der Ösehalle. Diese Förderung beinhaltet weitere Arbeiten am Haupt- sowie Nebengebäude. Wenn investiert werde, dann in eine langfristige Sanierung des Gebäudes.

Verena **Potthast** ergänzt, dass man erst gegen Herbst 2026 eine Entscheidung zur Bewilligung für das Vorhaben erwarte. Danach werde in die Planungen gegangen, so dass vor Sommer 2027 keine Bauarbeiten an der Halle zu erwarten seien.

Bürgermeister **Kleinschmidt** fragt Ratsherrn **Bobbert**, ob er aufgrund dieser Sachlage den Antrag zurückziehen möchte.

Diesem stimmt Ratsherr **Bobbert** zu und zieht den Antrag zurück.

3. Zukunftskonzept Stadthalle Brakel - Wirtschaftlichkeit, Nutzung und Entgeltstruktur

Ratsherr **Bobbert** verweist zunächst auf die Sanierung der Stadthalle mit der derzeitigen Planung zur Erneuerung der Toiletten. Hierzu führt er aus, dass es auf den Dörfern selbstverständlich sei, sich bei Sanierungsarbeiten mit Eigenleistung einzubringen. Dies sollte auch, im Hinblick auf eine Kosteneinsparung, für Brakel gelten. Die Stadthalle verursache ein erhebliches strukturelles Defizit, obwohl diese seitens der Verwaltung als „Leuchtturm“ für die Stadt bezeichnet werde.

Ratsherr **Bobbert** führt weiter aus, dass die Verwaltung prüfen möge, ob mit der Initiierung eines Betreibervereins für die Stadthalle eine Verbesserung in der Organisation, Nutzung und Wirtschaftlichkeit erreicht werden könne und verweist auch hier auf das ehrenamtliche Engagement auf den Dörfern. Zudem sollte die Verwaltung eine eventuelle feste gastronomische Verpachtung überdenken und auch die Miet- und Nutzungsentgelte überprüfen.

Ratsherr **Averkamp** berichtet, dass man bezüglich der Eigenleistung an den Brakeler Schützenverein herangetreten sei, die auch Bereitschaft signalisiert hätten, bei der Sanierung der Toiletten mit anzupacken. Eine finale Rückmeldung dazu stehe noch aus. Seiner Meinung nach sei die Stadthalle jedoch nicht ehrenamtlich zu betreiben.

Dies wird auch seitens des **Bürgermeisters** bestätigt. Die Stadthalle sei an 233 Tagen im Jahr ausgelastet, dies könne man nicht mit den Dorfgemeinschaftshäusern vergleichen.

Ratsherr **Averkamp** stimmt zu, dass eine Überarbeitung der Miet- und Nutzungsstruktur durchaus Sinn mache, auch der Aspekt einer gastronomischen Einrichtung könne geprüft werden. Dies könne nach der Sanierung angegangen werden.

Bürgermeister **Kleinschmidt** hält abschließend fest, dass nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten die Miet- und Nutzungsentgelte sowie ein Nutzungskonzept für die Stadthalle Brakel erarbeitet wird.

Das Ergebnis ist im Beschluss aufgeführt.

4. Ausschreibung städtischer landwirtschaftlicher Flächen

Der Antrag wird seitens der Fraktion Liste Zukunft zurückgezogen.

5. Transparenz bei Vereinsfördermitteln und Mitteln nach Hauptsatzung

Ratsherr **Bobbert** geht auf die Gelder für die Bezirksausschüsse ein. Diese würden teilweise über Jahre angesammelt. Die Fraktion beantragt, dass diese Gelder, die durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden, zeitnah innerhalb des Jahres auch aufgebraucht würden. Es dürfe keine „schwarzen Kassen“ geben und alle vorhandenen Bestände gehörten in den städtischen Haushalt. Damit solle eine transparente und haushaltsrechtliche saubere Mittelverwendung gewährleistet werden.

Bürgermeister **Kleinschmidt** erläutert, dass lt. Hauptsatzung diese Mittel bis zum Ende des Jahres mit Nachweisen entsprechend zuzuteilen sind.

Ratsherr **Flore** fragt, ob denn die Bezirksverwaltungsstellenleiter ein städtisches Konto führen dürften? Dominik **Schlenhardt** verneint dies, da die Stadt Brakel dann Kontoinhaber wäre und nicht der Bezirksverwaltungsstellenleiter bzw. die Ortschaft. Somit läge auch die Kontoführung bei der Stadt. Aus diesem Grund gebe es auch für Schulpflegschaften keine gesonderten Girokonten, so Dominik **Schlenhardt**. Bürgermeister **Kleinschmidt** bekräftigt diese Aussage für jeden Bezirksverwaltungsstellenleiter ein städt. Konto zu führen wäre kein zweckdienlicher Aufwand.

Andreas **Oesselke** ergänzt, dass es Ortschaften gebe, die ein Dorfpflegekonto verwalten. Teilweise werden Mittel angespart, um für ein anstehendes Jubiläum entsprechend Geld zur Verfügung zu haben. Jegliche Mittelverwendung habe einen politischen Beschluss als Grundlage.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an, inwiefern ein ortsansässiger Verein diese Gelder verwalten dürfe.

Abschließend hält Bürgermeister **Kleinschmidt** fest, dass die Bestände der zur Verfügung gestellten Mittel bis zum Jahresende nachweislich komplett aufzubrauchen sind.

Das Abstimmungsergebnis ist im Beschluss aufgeführt.

6. Sofortiger Abrissstopp „Alte Molkerei“ Gehrden und Verkaufsverhandlungen

Zum Antrag führt Ratsherr **Bobbert** aus, dass aus Sicht der Fraktion sich ein Verkauf bzw. eine Übergabe wirtschaftlich sinnvoller sei als ein Abriss mit anschl. „Grüner Wiese“. Allein der Bauzaun verursache täglich Kosten.

Ratsherr **Averkamp** verweist darauf, dass ein Verkauf derzeit gar nicht möglich sei, da der Auftrag zum Abriss vergeben wurde.
Dies bestätigt auch Bürgermeister **Kleinschmidt**.

Ratsherr **Bobbert** stellt den Antrag der Fraktion Liste Zukunft weiter zur Abstimmung. Das Ergebnis ist im Beschluss aufgeführt.

7. Zusatzvergütung für Ausschussvorsitzende

Der Antrag wird durch Ratsherrn **Bobbert** zurückgezogen.

8. Klarstellung zur Bilanzpolitik

Der Antrag wird durch Ratsherrn **Bobbert** zurückgezogen.

Nach Abschluss der Beratungen hält Bürgermeister **Kleinschmidt** fest, dass die vorberatenen Anträge für die Ratssitzung zur endgültigen Abstimmung in einer Vorlage zusammengestellt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt über die Anträge zum Haushaltsplan-Entwurf 2026 wie folgt ab:

<u>Fraktion</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmung</u>
CDU	Antrag 1: Strukturierte Überprüfung der bestehenden, landwirtschaftlichen Ackerflächen zur späteren Beratung in den politischen Gremien.	einstimmig angenommen
Bündnis 90 / Die Grünen	Antrag 1.1: Konkretisierte Darstellung der Maßnahmen im Bereich Öffentliches Grün / Umweltschutz im Haushaltsplan Antrag 1.2: Kommunikation größerer, ökologischer städtischer Maßnahmen über die städtischen Kanäle Antrag 2: Aufstellung eines Investitionsplans für mindestens 5 Jahre mit Darstellung der Planungskosten, aufgeteilt nach allgemeinen Planungsleistungen und Fachplanungsleistungen.	einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

	Antrag 3: Prüfauftrag zur Erneuerung der Zufahrt zum Parkplatz Hallenbad im Rahmen der Maßnahme „Am Bahndamm / K 50“ sowie Entwicklung eines Konzeptes zur zukünftigen Gestaltung des Parkplatzes	einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen
Liste Zukunft	Antrag 3: Erstellung eines Miet- und Nutzungskonzeptes zur Stadthalle inklusive Überprüfung der Nutzungsentgelte nach erfolgter Sanierung der WC-Anlagen. Antrag 5: Nachweis und Verwendung der bestehenden Mittel nach Hauptsatzung zum 31.12.2026 und zukünftige Verteilung im jeweiligen Kalenderjahr. Antrag 6: Abrissstopp „Alte Molkerei“	einstimmig angenommen einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen

Die Anträge von Bündnis 90 / Die Grünen (Antrag 4) sowie der Liste Zukunft (Anträge 1/2/4/7/8) wurden im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgezogen und sind daher nicht in die Aufstellung übernommen worden.

2. **Klage gegen den Regionalplan OWL "Wind" (1. Änderung)**

FB 3, Ines Koßmann

0176/2025-
2030

Zum Sachverhalt wird auf die Vorlage verwiesen.

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist darauf, dass mit dem 04.04.2026 die Frist zur Einreichung einer Normenkontrollklage gegen die 1. Änderung des Regionalplans ablaufe. Aufgrund dessen müsse vorher in den Gremien beraten werden, ob durch die Verwaltung diese Klage beim OVG eingereicht werden soll.

Bürgermeister **Kleinschmidt** begrüßt per Videokonferenz Herrn Rechtsanwalt **Tyczewski**, der als Rechtsbeistand in dieser Angelegenheit die Stadt Brakel unterstützt.

Bürgermeister **Kleinschmidt** bittet um seine Ausführungen zur aktuellen Situation.

RA **Tyczewski** führt aus, dass hier eine regionalplanerische Abwägung in diesem Fall der Fläche mit den 8 Anlagen nicht sachgerecht stattgefunden haben dürfte. Derzeit sei noch kein Verhandlungstermin und noch keine Entscheidung des OVGs Münster vorliegend.

RA **Tyczewski** erklärt, dass er derzeit nicht sagen könne, welche Maßstäbe die Gerichte anlegen. Da die Frist aber zum 4. April ablaufe, müsse nun entschieden werden, ob eine Normenkontrollklage gegen den Regionalplan OWL gestellt werden soll.

Bürgermeister **Kleinschmidt** dankt für die Ausführungen und bittet die Versammlung um ihre Fragen.

Ratsherr **Averkamp** erkundigt sich zum Kostenrisiko in diesem Klageverfahren. Was bedeute der „moderate Rahmen“? RA **Tyczewski** erklärt, dass sich der Streitwert auf ca. 50.000-80.000 € beziffere und auch nur eine Instanz als Bemessungsgrundlage anfalle. Darauf basiere die spätere Gebührenermittlung.

Auf die Fragen des Ratsherrn **Flore** hinsichtlich des Hinweises „*abwägungsfehlerhaft*“ erklärt RA **Tyczewski**, dass ein Umzingelungseffekt durch die Vielzahl der Anlagen wohl nicht ordentlich abgewogen worden sei. Diese These bestätigten s. E. auch widersprüchliche Aussagen im Regionalplan, in dem ebenfalls Bedenken gegen diese Fläche ausgetragen worden sind. Die Grundlage für die Abwägung sei nicht in Ordnung. Wie das OVG dies bewerte, bleibe abzuwarten.

Da sich keine weiteren Fragen ergeben hält Bürgermeister **Kleinschmidt** fest, dass der Sachstand dahingehend klar sei, dass noch keine weitergehende Einschätzung durch andere Urteile o. ä. vorliegen und die Verwaltung fristwährend eine Normenkontrollklage gegen den Regionalplan OWL anstreben sollte. Hierüber bittet er den Haupt- und Finanzausschuss eine Beschlussempfehlung für den Rat auszusprechen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich** als Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Brakel, die Verwaltung zu beauftragen, das Normenkontrollklageverfahren gegen die 1. Änderung des Regionalplans OWL (Wind/Erneuerbare Energien) bezüglich der Fläche „Brakel-West“ einzuleiten.

3. Gleichstellungsplan der Stadt Brakel für den Zeitraum 2026 bis 2030

Ulrike Nolte

0175/2025-
2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** begrüßt Ulrike **Nolte**, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Brakel.

Frau **Nolte** präsentiert anhand eines Power-Point-Vortrages die Entwicklungen der vergangenen Jahre im Bereich der Gleichstellung, die seit dem 1.1.1995 gesetzlich geregelt und ab dem 9. November 1999 für alle

Kommunen über 10.000 Einwohner verpflichtend sei. Sie führt die Zielvorgaben auf und geht auf die Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten ein.

Zudem beinhalte das Thema auch viele weitere Aktionen und Kooperationen wie z.B. in der Frauenwoche, wo tolle Projekte entstanden seien, so Ulrike **Nolte**. Zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ habe man im vergangenen Jahr eine gemeinsame große Aktion in Höxter durchführen können, um auf das Thema aufmerksam zu machen.

Bürgermeister **Kleinschmidt** dankt für diese Ausführungen und erteilt das Wort an Michael **Gäse** als Antragsteller der AfD-Fraktion.

Dieser führt aus, dass die AfD-Fraktion die Auffassung der „Gleichstellung“ überhaupt nicht teile. Frauen hätten alle Rechte und würden somit nicht benachteiligt, führt Ratsherr **Gäse** aus. Die AfD-Fraktion sei der Meinung, die Gleichstellung eher eine Benachteiligung der Männer herbeiführe, da es seiner Meinung nach nicht darum ginge „WER“, sondern „DASS“ es eine Frau ist.

Ratsherr **Gäse** führt die Anträge der AfD-Fraktion auf (siehe Anlage Änderungsantrag zur Sitzung).

Bürgermeister **Kleinschmidt** weist darauf hin, dass nach den gesetzlichen Grundlagen der Gleichstellungsplan aufgestellt worden sei, dieser gesetzlich verpflichtend ist und auch so entsprechend angewendet wird.

Ratsfrau **Robrecht** meldet sich zu Wort und verdeutlicht, dass die SPD-Fraktion hinter dem Gleichstellungsplan stehe und den durch die AfD gestellten Änderungsantrag entschieden ablehne. Sie geht auf Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ein, wonach der Staat verpflichtet ist, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und bestehende Nachteile zu beseitigen.

Ratsfrau **Robrecht** führt weiter aus, dass, wer Gleichstellungsmaßnahmen pauschal als „Bevorzugung“ oder gar als verfassungswidrig darstelle, sich gegen einen klar formulierten Auftrag der Verfassung stelle.

Ratsherr **Gäse** betont seinerseits, dass es keiner Gleichstellung bedürfe, da Frauen die gleichen Rechte wie Männer haben.

Es schließt sich eine kontroverse Diskussion zwischen Ratsherrn **Averkamp** und Ratsherrn **Gäse** über die Sache an sich an.

Bürgermeister **Kleinschmidt** betont noch einmal, dass die Stadt als Arbeitgeber die gesetzlichen Grundlagen umzusetzen habe und der Gleichstellungsplan der Stadt Brakel zukunftsorientiert sei.

Bürgermeister **Kleinschmidt** verweist auf die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und erklärt, dass darüber en bloc Block abgestimmt wird.

Änderungsantrag:

Die AfD-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge konkrete Beispiele für eine Benachteiligung von Frauen vorlegen, jenseits nackter Statistiken über eine Beschäftigungsquote, da diese niemals ein Beleg für eine Benachteiligung sein können.

Sie beantragt, den Beschlussvorschlag zum Gleichstellungsplan auf einen Zeitraum von maximal drei Jahren festzulegen.

Die AfD-Fraktion beantragt, dass seitens des Gleichstellungsplans behauptete Wirken auf Benachteiligungen von Frauen UND Männern, dadurch Rechnung zu tragen ist, dass dort, wo Frauenüberschuss herrscht, entsprechende Bevorzugung von Männern gleicher Eignung vorgenommen werden soll, so wie es für Frauen vorgesehen ist.

Die entsprechenden Passagen in den Punkten:

- 3. Stellenausschreibungen
- 4. Auswahlverfahren
- 5 Stellenbesetzungen
- 6. Ausbildung
- 8. Personalentwicklung
- 9. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

sollten entsprechend angepasst werden.

Der Punkt 11. „Sprache“ ist gänzlich zu streichen, da es NICHT die Aufgabe der Stadtverwaltung ist, den Menschen vorzuschreiben, wie sie sich im Schriftverkehr zu äußern haben, solange es den geltenden Rechtsvorschriften entspricht. Hier betrifft das im Wesentlichen die Verwendung des „generischen Maskulinum“. Das führt dazu, dass anstelle des generischen Maskulinum Partizip 1 fälschlich als Ersatz Verwendung findet. Häufig wird dabei Partizip 1 so verwendet, dass darauf die Schriftsprache un- oder missverständlich wird oder werden kann.

Der Haupt- und Finanzausschuss **lehnt** bei **2 Ja-Stimmen mehrheitlich** den Änderungsantrag der AfD-Fraktion **ab**.

Bürgermeister **Kleinschmidt** lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt bei **2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich** als Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Brakel den im Entwurf vorliegenden Gleichstellungsplan der Stadt Brakel für den Zeitraum 2026 – 2030 zu beschließen. Der Gleichstellungsplan tritt mit Wirkung vom 01.04.2026 in Kraft.

4.

Vorratsbeschluss zur Einhaltung von VOB-Fristen

Ines Koßmann

0169/202
5-2030

Bürgermeister **Kleinschmidt** erteilt das Wort an Verena **Potthast**. Diese erläutert das Vorgehen zum Vorratsbeschluss. Mit dessen Hilfe können die Aufträge für Großprojekte mit mehreren Gewerken zügig nach Submission bzw. Angebotsprüfung erteilt werden. Zum weiteren Sachverhalt wird auf die Vorlage verwiesen.

Weitere Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Brakel zu beschließen, dass zur Einhaltung der Bindefristen gem. VOB bei künftigen Baumaßnahmen zunächst ein Vorratsbeschluss im jeweiligen Ausschuss/Rat für jedes Baugewerk eines Großprojektes erwirkt wird, um hiernach die Baugewerke submittieren und beauftragen zu können.

In der nachfolgenden Sitzung werden Ausschüsse und Rat über die Auftragsvergabe informiert bzw. bei Abweichungen von der Kostenschätzung um mehr als 20 % wird der Auftrag direkt durch das zuständige Gremium beschlossen.

**5. Antrag der Wählergemeinschaft "Liste Zukunft" -
Bushaltestellen Meinolfusstraße, Ortsteil Bellersen -
verkehrssichere Neuordnung bei gesicherter
Barrierefreiheit (Ausnahme-/ Kategorielösung nach
Nahverkehrsplan)**

0187/2025-
2030

Benedikt Gönnewicht

Bürgermeister Kleinschmidt verweist auf den Antrag der Liste Zukunft und bittet Ratsherrn **Bobbert** um Ausführungen dazu. Dieser verweist zum jetzigen Standort der Bushaltestelle an der Meinolfusstraße, dass diese im Hinblick auf die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler als sehr gefährlich wahrgenommen werde. Die Haltestelle läge im Kurvenbereich der Ortsdurchfahrt. Die Straße werde auch von vielen Lkw frequentiert. Gleichzeitig beantragt die Fraktion, dass die jetzige barrierefreie Haltestelle weiter Bestand haben und angefahren werden soll.

Zum weiteren Sachverhalt wird auf die Vorlage und nebst umfangreichen Anlagen zur Sitzung verwiesen.

Bürgermeister **Kleinschmidt** weist darauf hin, dass durch den Bezirksverwaltungsstellenleiter Daniel Schmerein bereits viele Dinge angestoßen bzw. umgesetzt wurden. Dies sei auch im Bezirksausschuss Bellersen so behandelt worden.

Er bittet Benedikt **Gönnewicht** um ergänzende Ausführungen. Dieser geht auf die verschiedenen Punkte ein. Hierzu wird auf die Vorlage verwiesen. Er betont, dass die Verwaltung die Entscheidung des Bezirksausschusses unterstütze.

Bürgermeister **Kleinschmidt** erklärt, dass zu gegebener Zeit ein Vertreter des Kreises in den Schul- und Sozialausschuss eingeladen werde, um darüber zu berichten. Die Angelegenheit sei angestoßen und liege nun zur weiteren Klärung im Verantwortungsbereich des Kreises Höxter.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt **einstimmig** als Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Brakel wie folgt zu beschließen:

Der Antrag der Liste Zukunft wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag bezüglich der Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle in Bellersen wurde bereits durch den Bezirksverwaltungsstellenleiter Schmereim gestellt. Die Entscheidung sollte abgewartet werden. Im Anschluss wird ein Vertreter des Kreises Höxter in den Schul- und Sozialausschuss eingeladen.

6. Bekanntgaben der Verwaltung

6.1. Arbeitslosen-Zahlen

Bürgermeister **Kleinschmidt** informiert über die aktuelle Arbeitsmarkt-Statistik aus dem Monat Februar 2026. Der aktuelle Arbeitsmarkt zeige bei der Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahr kreisweit einen Rückgang um 8,3%. Brakel liege im Monat Februar 2026 bei insgesamt 379 Arbeitslosen. Dies sei eine Verbesserung zum Vorjahr von rund 11,7%.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Kleinschmidt die Sitzung.

gez. Unterschriften:

Alexander Kleinschmidt
(Bürgermeister)

Regina Werneke
(Schriftführerin)